



Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung

8. Sitzung (öffentlich)

7. März 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/195, 13/196, 13/424 und 13/410

- | | | |
|---------------|---|------------------------------------------------------------------------------|
| Einzelplan 10 | - | Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz |
| Einzelplan 02 | - | Ministerpräsident und Staatskanzlei |
| Einzelplan 03 | - | Innenministerium |
| Einzelplan 14 | - | Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport |
| | - | Zuständigkeitsbereich des Ausschusses |

1

Der Ausschuss stimmt gemäß Vereinbarung der Fraktionen wie folgt ab:

Die Änderungsanträge zum **Einzelplan 10** (siehe Vorlage 13/526) werden gemäß folgender Tabelle abgestimmt:

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 1 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 3 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 4 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 5 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 6 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 7 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen bei Enthaltung der CDU	angenommen
Nr. 8 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 9 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 10 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 11 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 12 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen bei Enthaltung der CDU	angenommen
Nr. 13 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	angenommen
Nr. 14 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 15 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 16 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	angenommen
Nr. 17 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	angenommen
Nr. 18 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen gegen die Stimmen der CDU	angenommen
Nr. 19 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 20 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	abgelehnt
Nr. 21 (SPD/GRÜNE) *)fehlte	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	angenommen
Nr. 22 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P.	angenommen

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 23 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P.	angenommen
Nr. 24 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P.	angenommen
Nr. 25 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen bei Nichtbeteiligung der CDU	angenommen
Nr. 26 (F.D.P.)	wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 27 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 28 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 29 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 30 (CDU)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen gegen die Stimmen der CDU	abgelehnt
Nr. 31 (CDU)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P.	abgelehnt
Nr. 32 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	abgelehnt
Nr. 33 (F.D.P.)	mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Enthaltung der CDU	abgelehnt

Anträge	Abstimmung	Ergebnis
Nr. 34 (SPD/GRÜNE)	mit den Stimmen von SPD, F.D.P. und Grünen bei Enthaltung der CDU	angenommen

Der **Ausschuss stimmt** in der **Gesamtabstimmung** den in seiner Zuständigkeit liegenden Kapiteln des **Einzelplans 10** - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **zu**.

Einzelplan 02 :

Der Änderungsantrag der F.D.P.-Fraktion zu Kapitel 02 070 - Landesplanung - (siehe Vorlage 13/507) wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. bei Stimmenthaltung der CDU abgelehnt.

In getrennt durchgeführten **Gesamtabstimmungen** werden **Einzelplan 02** - Kapitel 02 020 Titelgruppe 70 und Kapitel 02 070 -, **Einzelplan 03** - Kapitel 03 310 - und **Einzelplan 14** - Kapitel 14 520 - jeweils mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

2 Die Umweltpolitik in der 13. Wahlperiode

10

Ministerin Bärbel Höhn stellt anhand von Vorlage 13/598 ihre Umweltpolitik für die 13. Wahlperiode vor.

3 Mehr Markt in der Abfallwirtschaft - Ökologie zu vernünftigen Preisen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/606

und

Entschließungsantrag
der Fraktionen von SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/665

-

TOP 3 wird auf die nächste Sitzung vertagt.

**4 Rechtssicherheit im Landesabfallgesetz schaffen
Rückerstattung der unrechtmäßigen Einnahmen des Landesumweltamtes**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/104

13

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der F.D.P. abgelehnt.

5 Zwangspfand für Getränkeverpackungen stoppen; Flexibilisierung der Mehrwegquote forcieren

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 13/370

14

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

- 6 Auslastung und Kosten von Abfallbehandlungs- und Beseitigungsanlagen in NRW** -

TOP 6 wird vertagt.

- 7 PCB-Belastung in Schulen und Kindergärten in NRW** 18

TOP 7 wird vertagt.

Wenn das Thema behandelt wird, wird ein Vertreter des Bauministeriums anwesend sein.

- 8 Abfalleigenschaft von Altpapier** 18

Der Bericht der Landesregierung liegt mit Vorlage 13/498 vor.

- 9 Aktueller Sachstand Kies- und Quarzsand-Abbauvorhaben im Naturpark Kottenforst-Ville** 19

Der Bericht der Landesregierung liegt mit Vorlage 13/564 vor.

Nächste Sitzung: 4. April 2001

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750

Vorlagen 13/195, 13/196, 13/424 und 13/410

Einzelplan 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Einzelplan 03 - Innenministerium

Einzelplan 14 - Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport

- Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Klaus Strehl führt aus, dass der Ausschuss heute abschließend über den Haushalt zu beraten habe.

Zunächst stehe die Beratung der Änderungsanträge zum **Einzelplan 10 an**.

(Die Anträge sind in Vorlage 13/526 aufgelistet. - Die **Abstimmungsergebnisse** zu den einzelnen Anträgen sind **ausschließlich im Beschlussprotokoll** aufgeführt.)

Antrag Nr. 7 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 020 Titel 537 15 - Effizienzagentur (EfA)

Streichung des Ansatzes von 5 Millionen DM

Streichung der Verpflichtungsermächtigung von 3 Millionen DM

Holger Ellerbrock (F.D.P.) weist darauf hin, dass dieser Antrag der Koalitionsfraktionen und Antrag Nr. 8 der F.D.P. auf einer Linie lägen.

Johannes Rimmel (GRÜNE) erläutert, dass es sich bei den Anträgen Nr. 7, Nr. 12 und Nr. 13 von SPD und Grünen um Verschiebungen handele. Die drei Titel, die in den Allgemeinen Zuweisungen ausgewiesen seien, sollten jetzt in eine eigene Titelgruppe, die Titelgruppe 68 mit dem neuen Namen "Produktionsintegrierter Umweltschutz", überführt werden. Antrag Nr. 7 verschiebe also die Effizienzagentur in Verbindung mit Antrag Nr. 22 von Titel 537 15 nach Titel 537 68.

Hans Peter Lindlar (CDU) teilt mit, dass sich die CDU in den letzten Jahren häufiger mit der Effizienzagentur beschäftigt habe. Die CDU werde sich bei den genannten drei Anträgen Nr. 7, Nr. 12 und Nr. 13 von SPD und Grünen der Stimme enthalten, da sie die Verschiebungen inhaltlich mittrage.

Antrag Nr. 16 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 020 Titelgruppe 66 - Agenda 21

Titel 537 66 - Untersuchungen, Gutachten

Erhöhung des Ansatzes von 700.000 DM auf 1 Million DM

Johannes Remmel (GRÜNE) führt aus, dass die vorbereitenden Arbeiten für die vom Landtag verabschiedete Agenda 21 Nordrhein-Westfalen abgeschlossen seien. Das Projekt solle in diesem Jahr starten. Wegen seiner Größe sei es angemessen, zu einem Projektmanagement außerhalb der Landesverwaltung zu kommen. Deshalb habe man diesen Ansatz erhöht. Die Anträge Nr. 17 und Nr. 18 von SPD und Grünen bezögen sich auf den gleichen Sachverhalt.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) fragt, ob die Koalitionsfraktionen dann dem Antrag Nr. 19 der F.D.P. zu Kapitel 10 020 Titelgruppe 66 - Agenda 21 -, den Titel 892 66 - Zuschüsse für Investitionen an Private - um 1,3 Millionen DM zu erhöhen, zustimmten. - **Johannes Remmel (GRÜNE)** verneint. Man schlage eine Erhöhung um 300.000 DM vor.

Hans Peter Lindlar (CDU) wendet sich nach wie vor gegen eine Vergrößerung des "Wasserkopfes" bei den Agendaprojekten. Man habe in den letzten Jahren immer gefordert, den Agendaprozess direkt in die Gemeinden zu tragen. Dazu gebe es andere erfolgreiche Beispiele. Deshalb werde die CDU diese Anträge ablehnen.

Antrag Nr. 22 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 020 Titelgruppe 68 - Produktionsintegrierter Umweltschutz

Neuer Titel 537 68 - Effizienzagentur (EfA)

Ansatz: 5,9 Millionen DM

Verpflichtungsermächtigung: 3 Millionen DM

Die Frage von **Hans Peter Lindlar (CDU)**, ob dies eine Erhöhung der globalen Minderausgabe um 900.000 DM bedeute, bejaht **Johannes Remmel (GRÜNE)**. Sie solle dazu dienen, die Unterstützung und Beratung der Unternehmen in Zusammenarbeit mit lokalen Trägern - IHK, Handwerkskammern - fortzuführen.

Hans Peter Lindlar (CDU) teilt mit, dass die CDU diesen Antrag trotz ihrer positiven Einstellung zur Effizienzagentur ablehnen werde, da die Deckung nicht ausreiche. Wenn ein so großer Betrag in der globalen Minderausgabe untergebracht werden könne, entspreche der Haushalt nicht den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und -klarheit.

Antrag Nr. 25 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 050 Neuer Titel 685 40 - Zuschüsse an Zweckverbände zur Altlastensanierung
Ansatz: 5 Millionen DM

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) erläutert, dass das Thema "Altlastensanierung", von allen Fraktionen unbestritten, wichtig sei. Dafür sei eine Organisation wie der AAV erforderlich. Aus formalen Gründen könne die bisherige Form der Lizenzentgelte nicht fortgesetzt werden. Die Landesregierung habe sich sehr bemüht, Lösungen zu finden. In der Koalitionsvereinbarung sei verabredet worden, die Aufgabe fortzusetzen und hierfür eine Lösung zu finden.

Im Moment sei man auf dem Wege, eine Finanzierung dieser wichtigen Aufgabe auf freiwilliger Basis durch die Wirtschaft unter Beteiligung des Landes zu organisieren. Aus der entsorgungspflichtigen Wirtschaft, aber auch aus anderen Industriebereichen werde hierzu Bereitschaft signalisiert. Man hoffe, pro Jahr eine Größenordnung von mindestens 10 Millionen DM erreichen zu können.

Durch die Verankerung im Haushalt 2001 und die Verpflichtungsermächtigungen wolle man der Wirtschaft signalisieren, dass sich das Land an einer freiwilligen Finanzierung beteiligen und für mindestens drei Jahre an diese Vereinbarung halten werde. Der Einstiegssumme 2001 betrage 5 Millionen DM. Ein höherer Finanzbedarf müsse im Rahmen des Nachtrags geregelt werden. Die Verpflichtungsermächtigungen beliefen sich in den nächsten zwei Jahren auf jeweils 10 Millionen DM.

Hans Peter Lindlar (CDU) bemängelt, dass der Ersatz für den AAV nach jahrelangem gerichtlichen und politischen Streit kurzerhand als Antrag bei der Haushaltsberatung durchgeschoben werde. Dies sei der Bedeutung der Altlastenproblematik in keiner Weise angemessen. Man hätte zumindest ein Konzept über die zukünftige Abwicklung erwarten können. Die F.D.P. habe heute hierzu einen Antrag gestellt. Man habe im Umweltausschuss zigmal nach dem Stand der Verhandlungen mit der Wirtschaft gefragt und auch im Plenum darüber debattiert. Es sei immer wieder gesagt worden, dass man noch nicht so weit sei. Nun werde durch die Hintertür eine Entscheidung getroffen.

Die CDU habe immer wieder darauf hingewiesen, dass in Großstädten Gewerbeflächen fehlten. Grundstücke stünden zwar teilweise in bester Lage zur Verfügung, seien aber durch Altlasten belegt. Längst hätte man dort tätig werden müssen. Nun werde ein solch simpler Ansatz vorgelegt, der noch nicht einmal gedeckt sei.

Die CDU werde diesem Antrag nicht zustimmen; sie habe seriöse Haushaltsberatungen durchgeführt; die Gegenfinanzierung ihrer Anträge sei immer gesichert. Deshalb habe man bei Mehrausgaben auch F.D.P.-Anträge abgelehnt. Die CDU habe ein abgestimmtes Konzept.

Er betone nochmals, dass dieser Antrag der Bedeutung der Altlastenproblematik in keiner Weise angemessen sei. Bevor die CDU zustimmen könne, erwarte sie, dass zunächst ein abgestimmtes Konzept auf den Tisch gelegt werde, das die Ergebnisse der Verhandlungen mit der Industrie beinhalte, was in Zukunft aus dem Altlastenfonds getan werden könne.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) erwartet ebenfalls eine zielorientierte Klärung der Altlastensanierung in Verbindung mit der AAV. In der letzten Sitzung sei noch darauf hingewiesen worden, dass die Gespräche mit der Industrie noch liefen. Offensichtlich hätten die Koalitionsfraktionen das bayerische Modell einer gleichgewichtigen Beteiligung von Industrie und Staat im Hinterkopf. Es bestehe aber die Gefahr, wenn jetzt 5 Millionen DM in den Haushalt eingestellt würden - die Deckung lasse er jetzt einmal außen vor -, dass die Industrie dann auch nicht mehr zahlen wolle, obwohl man im nächsten Jahr von 10 Millionen DM spreche.

Ministerin Bärbel Höhn teilt mit, dass letzte Woche einige wichtige Gespräche stattgefunden hätten. Aus Sicht der Wirtschaft sei allerdings der Durchbruch noch nicht gelungen; die Positionen seien noch nicht alle festgezurr. Der BDE habe sich in einer Art Vertrag verpflichtet, eine bestimmte Summe, die letztlich wohl bei 3,5 Millionen DM als Basis liegen werde, zu bezahlen. Man versuche, den Betrag noch zu erhöhen.

Sie habe letzte Woche auch ein Gespräch mit dem BDI geführt; der BDI vertrete gleichzeitig die Stahlbranche. Der BDI habe in der Vergangenheit verlangt, dass sämtliche Beiträge, die an den AAV gezahlt worden seien, zurückgegeben werden müssten; ansonsten komme keine Einigung zustande. Sie habe die Position der Landesregierung noch einmal sehr deutlich festgelegt.

Im Übrigen treffe die Aussage von Hans Peter Lindlar, die sie der "Zeit" entnommen habe, dass die Landesregierung die Beiträge zum AAV erhöht habe, nicht zu. In der Koalitionsvereinbarung habe man zwar die Beiträge für den AAV von 50 Millionen DM auf 75 Millionen DM erhöht, dies sei aber in der Praxis nicht umgesetzt worden. Die Firmen hätten auf der alten Grundlage dagegen geklagt. Sie habe deutlich gemacht, dass eine Klage gegen eine freiwillige Selbstverpflichtung de facto einem Vertrauensentzug gleichkomme. Insofern habe man in diesem Gespräch noch einmal die Positionen ausgetauscht.

Sie habe den Eindruck, dass im Stahlbereich, obwohl die Gespräche noch nicht alle zum Abschluss gekommen seien, eine positive Tendenz bestehe, sich an einer solchen Kooperation und an der Aufrechterhaltung des AAV mit einer angemessenen Summe zu beteiligen - auch dann, wenn die anderen Beträge nicht zurückgezahlt würden. Der Stahlbereich benötige aber noch Zeit. Er müsse mit seinen einzelnen Mitgliedern reden; das dauere noch an.

Ein zweites Gespräch habe in einem anderen Rahmen, aber zu diesem Thema mit Bayer in Leverkusen stattgefunden. Auch Bayer, der größte Zahler in der Chemie, wolle sich an dem AAV-Modell beteiligen. Es gebe auch positive Signale vom VCI.

Fazit: Der BDE habe sich festgelegt; bei Stahl und VCI gebe es positive Tendenzen. Auch Rhein-Braun habe sich positiv geäußert, sich beteiligen zu wollen. Seit der letzten Ausschusssitzung sei man also erheblich weitergekommen, aber die Entscheidung liege noch nicht endgültig vor.

In diesem Jahr würden nur 5 Millionen DM eingestellt, weil man davon ausgehe, das Modell komme erst im Sommer zustande. Da dann schon eine Jahreshälfte vorbei sei, habe man die 10 Millionen DM pro Jahr durch zwei geteilt. Ansonsten sei daran gedacht, dass sowohl die Wirtschaft als auch die Landesregierung pro Jahr jeweils 10 Millionen DM zur Verfügung stellten.

Alle seien sich einig, dass das AAV-Modell nicht in derselben Form wie früher stattfinden könne. Die Verwaltungskosten des AAV müssten massiv gesenkt werden, da die Einnahmen viel niedriger als vorher seien. Außerdem müsse die Landesregierung in die Vergaberunde einbezogen werden, da sie nun die Hälfte des Geldes zur Verfügung stelle. Insofern müsse man auch die Strukturen des AAV ändern. Auch dazu würden Gespräche geführt. Entscheidend sei aber der Durchbruch beim BDE, weil die Vereinbarung bisher an dieser Gruppe gescheitert sei.

Vorsitzender Klaus Strehl hält dies für den richtigen Weg, wenn man die Altlastensanierung durch den AAV weiter auf freiwilliger Basis betreiben wolle. Zumindest für das zweite Halbjahr würden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Wenn die Aussage der Ministerin zutreffe, dass die betroffenen Entsorger tendenziell bereit seien, bis Mitte des Jahres einem entsprechenden Konzept zuzustimmen, sei die Rettung des AAV gelungen. Nur darum gehe es.

Johannes Remmel (GRÜNE) merkt an, dass die Grünen ebenfalls der Auffassung seien, dass bei der Altlastensanierung einiges aufgeholt werden müsse. Die jetzt angedachte Konstruktion sei ein erster Ansatz.

In dem Antrag sei der Haushaltsvermerk enthalten, in dem ausdrücklich aufgeführt sei, dass die Mittel erst dann freigegeben würden, wenn der Umweltausschuss darüber befunden habe. Mit dem Antrag wolle das Land einen Schritt auf die Wirtschaft zugehen und ein Angebot unterbreiten. Die Botschaft laute, dass das Land seinen Anteil an diesem Konzept schon einmal vorsorglich liefere, um die Wirtschaft zum Mitmachen einzuladen.

Da dies alles vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses gelte, könne ein abschließendes Konzept noch einmal im Ausschuss diskutiert werden, bevor die Mittel freigegeben würden. Zur Deckung müsse er auf den Einzelplan 20, die globale Minderausgabe, verweisen. Dies sei ein in den letzten Jahren übliches Verfahren.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) verweist darauf, dass man das Thema im Ausschuss und im Plenum seit Jahren von allen Seiten beleuchtet habe. Deshalb könne er die Argumentation der CDU nicht nachvollziehen. Man habe über mögliche Konstruktionen auf gesetzlicher Basis

oder über freiwillige Vereinbarungen nachgedacht. Einvernehmlich sei eine freiwillige Lösung präferiert worden. Es sei bekannt, dass es seit Monaten intensive Gespräche gebe. Von daher sei das von der CDU ausgedrückte Misstrauen völlig unbegründet.

Wenn es gelinge, für diese Aufgabe 10 Millionen DM von der Wirtschaft und 10 Millionen DM vom Land als freiwilligen Beitrag - ohne gesetzliche Verpflichtung, ohne Lizenzentgelt - bereitzustellen, neben den 30 Millionen DM, die zum Beispiel im GFG zur Altlastensanierung zur Verfügung stünden, sei dies ein Meilenstein in der Umweltpolitik dieses Landes. Das Vorhaben habe grundsätzliche Bedeutung für das Land Nordrhein-Westfalen, sodass eine breite Unterstützung des Umweltausschusses eine wichtige Signalwirkung hätte.

Man könne die Haushaltsberatungen nicht aufschieben, bis die Gespräche mit der Wirtschaft abgeschlossen seien. Zeitdruck bei den Verhandlungen sei ebenfalls nicht sinnvoll.

Formal sei das Verfahren nicht zu beanstanden. Man stelle vorsorglich die Mittel in der für dieses Jahr voraussichtlich benötigten Höhe zur Verfügung. Wenn die Wirtschaft mehr Gelder zusage, werde man sicherstellen, dass das Land die Mittel noch aufstocke. Der Ausschuss werde nicht vor vollendete Tatsachen gestellt; er werde informiert, wenn das Konzept ausgehandelt sei und vorliege. Er gehe davon aus, dass die inhaltliche Ausgestaltung des Konzeptes sowohl im Ausschuss als auch im Plenum diskutiert werde. Der Ausschuss werde selbstverständlich über die Mittelfreigabe entscheiden. Dies sei ausdrücklich in einem Haushaltsvermerk festgelegt.

Im Übrigen handele es sich nicht um ein bayerisches, sondern um ein nordrhein-westfälisches Modell, mit dem man politisch auf dem richtigen Wege sei.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) hält es ebenfalls für unstrittig, dass der AAV wichtig für die Strukturpolitik und die Umweltpolitik Nordrhein-Westfalens sei. Die Einstellung von 5 Millionen DM in den Haushalt, finanziert über die globale Minderausgabe, komme für ihn überraschend. Haushaltssystematisch verstehe er auch nicht, für eine Daueraufgabe lediglich 5 Millionen DM einzustellen. Um dies abzuklären, bitte er um eine Sitzungsunterbrechung. Ansonsten müsse die F.D.P. ablehnen. Bei einer so wichtigen Aufgabe wie dem AAV müsse man aber eigentlich zu einer gemeinsamen Entscheidung kommen.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) und **Johannes Rimmel (GRÜNE)** zeigen sich mit einer Unterbrechung einverstanden.

Hans Peter Lindlar (CDU) wendet sich gegen eine Unterbrechung. Über die Bedeutung des AAV brauche man sich nicht zu unterhalten. Hier werde der Versuch gemacht, die Opposition über den Tisch zu ziehen und für ein Konzept einzukaufen, das noch keiner kenne. Er halte dieses Vorgehen für unseriös. Der Ausschuss, das Parlament habe als Kontrollinstanz einen Anspruch auf die Vorlage eines Konzeptes, das die Fragen beantworte, wer für was wieviel

leiste, um seiner Aufgabe nachzukommen, eine Abwägung vornehmen. Denn die eingesetzten Steuermittel müssten in einem Verhältnis zur angedachten Leistung stehen.

Er regt an, bis zur nächsten Beratung im Landtag für die bisherigen Anträge eine seriöse Deckung vorzunehmen, die nicht auf globale Minderausgaben zurückgreife. Dann sei die CDU bereit, bei diesem Antrag einen gewissen Vorschuss auf eine globale Minderausgabe zu leisten. Denn man habe die globale Minderausgabe bei vier Anträgen schon mit 10 Millionen DM beansprucht, weil die Koalitionsfraktionen nicht sagen wollten, an welcher Stelle sie das Geld einsparen wollten. Das passe zu diesem unseriösen Vorgehen. Inhaltlich und finanziell müsse ein klares Konzept vorliegen. Die Koalitionsfraktionen müssten also nacharbeiten; eine Unterbrechung mache keinen Sinn.

Vorsitzender Klaus Strehl macht noch einmal auf den Sperrvermerk aufmerksam. Die 5 Millionen DM seien bis zur Einwilligung des Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung gesperrt. Die Ministerin habe vorhin ausgeführt, dass die Verhandlungen noch im Gange seien, aber mit einer positiven Tendenz. Die 5 Millionen DM seien auch ein Zeichen an die Industrie, nun ihrerseits ihren Verpflichtungen nachzukommen und einzuzahlen. Der Antrag gewähre also die Vorsichtsmaßnahmen, die von der Opposition erbeten worden seien.

Hans Peter Lindlar (CDU) führt aus, dass die CDU diesem Antrag zustimmen werde, wenn wie eben ausgeführt, die Beanspruchung der globalen Minderausgabe durch die bisherigen Anträge bis zur zweiten Lesung im Landtag durch einen seriösen Deckungsvorschlag ersetzt werde.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) entgegnet, dass die Finanzierung über eine globale Minderausgabe eine formal saubere Vorgehensweise darstelle. Man werde die solide Finanzpolitik fortsetzen. Es sei nicht Aufgabe dieses Ausschusses, in Verhandlungen über globale Minderausgaben einzutreten.

Auch der Versuch, den Vertrag bis zur zweiten Lesung unter Zeitdruck zu erzwingen, schade der Sache. Der Antrag signalisiere der Wirtschaft, dass man bereit sei, diesen Weg gemeinsam mit der Wirtschaft zu gehen. Das Land trete in Vorleistung, auch wenn ein Ergebnis erst in den nächsten Wochen ausgehandelt werde.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) tritt dafür ein, die politische Botschaft von der Haushaltssystematik zu trennen und appelliert noch einmal an alle Fraktionen, sich zu einigen.

Johannes Remmel (GRÜNE) weist den Vorwurf einer unseriösen Finanzpolitik zurück. Im Gegenteil, man habe in der zweiten Ergänzungsvorlage eine Rücklage von 1,2 Milliarden DM in den Haushalt eingestellt. Wenn dann ein Teil der Ausgaben über eine globale Minder-

ausgabe finanziert werde - im letzten Jahr habe der Einzelplan 20 einen Überschuss von 600 Millionen DM ausgewiesen -, sei das finanzwirtschaftlich äußerst seriös.

Hans Peter Lindlar (CDU) betont noch einmal, dass die CDU-Fraktion ein in sich geschlossenes Haushaltskonzept erarbeitet habe. Die Deckung spiele dabei eine wichtige Rolle. Natürlich sei auch im CDU-System für die nächsten Jahre eine globale Minderausgabe vorgesehen, aus der Personalausgaben - Schule, Polizei und Justizvollzug - finanziert werden sollten. Diese festgelegte Finanzsystematik werde man nicht durchbrechen. Er mache das Angebot, dass sich die CDU an der Abstimmung nicht beteilige. Man werde bis zur zweiten Lesung im Landtag zu diesem Punkt mit der Fraktion eine Klärung herbeiführen.

Antrag Nr. 26 (F.D.P.)

Kapitel 10 050 Titel 671 00 - Erstattung der Lizenzentgelte nach dem Landesabfallgesetz
Ansatz: 100 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) teilt mit, dass die CDU auch diesen Antrag nicht zustimmen werde, weil noch kein geschlossenes Konzept vorliege.

Antrag Nr. 27 (CDU)

Kapitel 10 050 Titelgruppe 65 - Naturnahe Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung
Ansatz: 30 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) verweist auf die Begründung der letzten fünf Haushaltsberatungen.

Ministerin Bärbel Höhn macht auf einen Unterschied zu den letzten 5 Jahren aufmerksam. Man werde ein neues Programm auflegen, das über die Abwasserabgabe gespeist werde und somit auch den Kriterien der Abwasserabgabe genügen müsse. In dieser Position sei das Programm zwar auf null gefahren, aber es werde in diesem Jahr neu aufgelegt und habe ungefähr den im Antrag angegebenen Umfang. Der im Haushalt eingestellte Betrag sei also höher als bisher.

Auf Nachfrage von **Holger Ellerbrock (F.D.P.)** erläutert die **Ministerin**, dass das neue Programm den Kriterien der Abwasserabgabe genüge und zur naturnahen Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung genutzt werden könne. Es habe jedoch andere Rahmenbedingungen als das bisherige Programm, das diesen Kriterien nicht genügt habe und deshalb aus reinen Landesmitteln finanziert worden sei.

Clemens Pick (CDU) ist der Auffassung, dass man hier einer alten Forderung der CDU-Fraktion nachkomme. Es müsse darauf hingewiesen werden, dass die Bereiche, die bisher aus den Mitteln zur Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung gefördert worden seien, die nicht der Gruppennützigkeit unterlägen, nun vollends aus der Förderung herausfielen. Das heiße insbesondere, dass die Wasser- und Bodenverbände, die maßgeblich hieran partizipiert hätten, von einer weiteren Förderung ausgeschlossen würden.

Der Änderungsantrag der CDU versuche eine Kombinationslösung. Denn bei dem Vorschlag der Ministerin werde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet: Diejenigen, die nach dem Gesetz für die Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung zuständig seien, würden jetzt auf sich selber gestellt. Das werde zur Konsequenz haben, dass das, was nicht gruppennützig sei, über Gebühren und Abgaben von den jeweiligen Grundstückseigentümern eingefordert werden müsse oder die allgemeinen Haushalte der Kommunen und Kreise belaste.

Antrag Nr. 31 (CDU)

Kapitel 10 06 Titel 883 00 - Zuweisungen (an Gemeinden, GV) im Rahmen der Umsetzung von Lärminderungsplänen

Erhöhung des Ansatzes um 1 Million DM auf 3,4 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) erläutert, dass das Land 80 % der Kosten der Lärminderungspläne zahle; 20 % übernehmen die Kommunen. Wegen der Finanzknappheit der Kommunen schlage die CDU vor, den Zuschuss des Landes zu erhöhen, um die Anreize für Lärminderungspläne zu erhöhen.

Antrag Nr. 33 (F.D.P.)

Kapitel 10 080 Titelgruppe 66 Titel 887 66 - Zuweisungen (an Zweckverbände)

Erhöhung des Ansatzes um 19,45 Millionen DM auf 50,1 Millionen DM

Hans Peter Lindlar (CDU) fragt, wie das funktionieren solle. Er verweist auf das GFG, das in § 16 Sonderzuweisungen vorsehe, um Gemeinden mit übermäßiger Gebührenbelastung zu helfen.

Holger Ellerbrock (F.D.P.) erklärt, dass es Ziel des Antrags sei, deutlich zu machen, dass die Gebührenbelastung im ländlichen Raum zu hoch sei. Die im Antrag vorgesehenen zusätzlichen Beträge sollten zur Stabilisierung dienen. Haushaltstechnisch könne man das auch über das GFG abwickeln, aber die F.D.P. habe diese Möglichkeit gesehen.

Antrag Nr. 34 (SPD/GRÜNE)

Kapitel 10 120 Titel 427 20 - Vergütungen und Löhne für Aushilfen

Erhöhung des Ansatzes um 2 Millionen DM auf 3,8 Millionen DM

Hans Krings (SPD) führt aus, dass dieses Problem in der letzten Sitzung angesprochen worden sei: die Umweltinspektorinnen und -inspektoren. Dieser Weg, sie aushilfsweise einzustellen, sei von den Koalitionsfraktionen im Unterausschuss "Personal" erarbeitet worden. Der Betrag von 2 Millionen DM werde wahrscheinlich nicht in voller Höhe gebraucht. Einige würden über den Einstellungskorridor eingestellt. Da sich alle nach draußen bewerben würden, fänden einige wohl auch Stellen.

Hans Peter Lindlar (CDU) erklärt, dass man inhaltlich mit dem Antrag übereinstimme. Die CDU werde sich aber der Stimme enthalten, da haushaltstechnisch wieder auf die globale Minderausgabe verwiesen werde.

2 Die Umweltpolitik in der 13. Wahlperiode

Ministerin Bärbel Höhn berichtet anhand von Vorlage 13/589.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) führt aus, dass die Grundlage in der Koalitionsvereinbarung gelegt worden sei, immer stärker von der Nachsorge im Umweltschutz zur Vorsorge zu kommen und insbesondere in den integrierten Umweltschutz einzutreten. In den Haushaltsplanberatungen und im Bericht der Ministerin sei eine Vielzahl von Instrumenten diskutiert worden. Wichtig sei aus Sicht der SPD, dass man den breiten Fächer an staatlichen Regelungen nutze wie etwa die Effizienzagentur bis hin zur freiwilligen Einbindung der Wirtschaft, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auch der privaten Haushalte in eine nachhaltige umweltgerechte Entwicklung. Nicht nur die großen Unternehmen, sondern auch die kleinen und mittleren Unternehmen insbesondere die Handwerksbetriebe müssten in den produktionsintegrierten Umweltschutz, in Ressourcenschonung und Abfallvermeidung einbezogen werden. Das begrüße man beim Programm der Ministerin ausdrücklich. Auch der Umwelthaushalt 2001 trage diese Handschrift. Gerade sei deutlich geworden, dass nicht nur Maßnahmen ergriffen, sondern langfristige Prozesse wie PIUS oder Agenda 21 eingeleitet werden müssten. Dabei gehe es nicht nur um Diskussionsforen, sondern um konkrete Umweltpakte.

Außerdem habe eine Schwerpunktverlagerung stattgefunden. Jahrelang habe man schwerpunktmäßig das Thema "Abfall" diskutiert. Hier sei man auf dem richtigen Weg. Es seien zwar weitere Schritte erforderlich, aber neue Felder wie Wasser, Lärm oder die Stoffkreisläufe würden immer wichtiger. Dabei müssten Lösungen für den einzelnen Menschen stärker ins Auge gefasst werden. Deshalb werde die SPD-Landtagsfraktion, unterstützend zur Regierungsarbeit, das Thema "Umwelt und Gesundheit" in einem eigenen Projekt bearbeiten.

Man werde also die Landesregierung kritisch begleiten, sich auch in die inhaltliche Debatte einschalten. Man freue sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Landesregierung. Im Übrigen leiste jeder leiste einen nachhaltigen Beitrag zur Entwicklung des Landes, wenn